

Beschluss des Landrats vom 09.02.2023

Nr. 2030

40. **Anstellungsbedingungen für Sonderpädagog:innen im Baselbiet** 2022/576; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen, und beantrage die gleichzeitige Abschreibung.

Miriam Locher (SP) führt aus, es gehe bei diesem Vorstoss um die Anstellungsbedingungen von Sonderpädagoginnen und -pädagogen, die im Kanton Basel-Landschaft im Vergleich zu den Nachbarkantonen einfach schlechter sind. Berücksichtigt man den aktuell grossen Mangel, der an solchen Fachkräften herrscht, ist dies doch stossend und gehört geändert. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme, dass die Änderung der Modellumschreibung in Arbeit sei. Das ist aber bereits seit langer Zeit der Fall und auch fanden schon seit einiger Zeit keine Sitzungen mehr statt. Das bringt Miriam Locher zum Schluss, sich dezidiert gegen die Abschreibung des Postulats auszusprechen. Gemacht wurde noch nichts und ein Zeitpunkt ist auch nicht wirklich greifbar. Es gibt keinen Grund, diesen Vorstoss jetzt bereits abzuschreiben. Allein die Aussicht darauf reicht aufgrund der Brisanz der Situation nicht. Das Postulat soll stehengelassen werden, bis in dieser Sache etwas geschieht. Das ist der Wichtigkeit des Anliegens geschuldet.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) spricht die Zeitachse an. 2016 gab der Regierungsrat einer Arbeitsgruppe den Auftrag, die Modellumschreibungen zu überarbeiten. Dies wurde in den Jahren 2017 und 2018 getan. 2019 wurde das Ergebnis den Gemeinden vorgelegt, welche es ablehnten. 2019 wurde dann die Stellenbeschreibung nochmals überarbeitet. 2021 wurden die Modellumschreibungen von der Bewertungskommission wieder verabschiedet und den Gemeinden erneut vorgelegt. Dieses Mal wurde das Ergebnis von den Sozialpartnern abgelehnt. 2022 wurde die Stellenbeschreibung erneut überarbeitet und die Modellumschreibungen im August von der Bewertungskommission verabschiedet. In diesem Monat sollten die Modellumschreibungen bei den Gemeinden in die Vernehmlassung gehen. Im Juni soll ein Regierungsbeschluss gefällt werden und es wird gehofft, per 1. August 2023 die neuen Modellumschreibungen in Kraft setzen zu können. Aus diesem Grund beantragt der Regierungsrat die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats.

Patricia Bräutigam (Die Mitte) schliesst sich Miriam Locher im Namen der Mitte/glp-Fraktion an. Das Postulat soll stehengelassen werden, bis das Anliegen umgesetzt wurde.

Anita Biedert (SVP) erklärt, die SVP-Fraktion schliesse sich der Regierung an und stimme der Überweisung mit gleichzeitiger Abschreibung zu.

Heinz Lerf (FDP) sagt, auch die FDP-Fraktion werde das Postulat überweisen und abschreiben.

Andrea Heger (EVP) berichtet, die Grüne/EVP-Fraktion habe sich eigentlich von der Stellungnahme des Regierungsrats überzeugen lassen, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig abzuschreiben. Gute Voten können aber Meinungen ändern und es könnte sein, dass einige Fraktionsmitglieder die Abschreibung ablehnen, um den Druck aufrecht zu erhalten.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 54:29 Stimmen abgeschrieben.
